

Rechtsradikalismus und Rassismus beim Namen nennen

Interview mit Matthias Quent

TUP: Herr Dr. Quent, über 150 Menschen wurden seit 1989 Todesopfer rechter Gewalt. Es gab mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) eine terroristische Gruppe, die über Jahre aus fremdenfeindlichen Motiven gemordet hat. Die AfD ist mittlerweile in zahlreichen Parlamenten vertreten. Warum wird aber bis heute vielfach so getan, als ob es keine Gefahr von rechts gibt? Was sind die Gründe?

Matthias Quent: Es gibt mehrere Gründe. Zum einen bräuchte es das Eingeständnis, dass dieses Problem *aus* unserer Gesellschaft kommt. Vielfach existiert immer noch ein Extremismusverständnis, wonach das irgendwie Jugendliche seien, die außerhalb der Gesellschaft stünden. Oder: Das Problem Rechtsextremismus gebe es nur in Ostdeutschland und sei keines der gesamten Gesellschaft. Zum Zweiten spürt man vielerorts die Ohnmacht, mit der man dem Rechtsextremismus – auch seiner gewalttätigen Gefahr – gegenübersteht. Zum Dritten weist es auf strukturelle Defizite hin, die Teil dieser Gesellschaft, Teil dieses Staates, dieser Kultur, Teil der Politik der vergangenen Jahrzehnte sind. Der Rechtsextremismus, wenn man ihn so nennen will, fällt ja nicht vom Himmel. Er entsteht dort, wo Politik Fehler macht und wo es Defizite in der Demokratisierung unserer Gesellschaft gibt. Schaut man sich die Statistiken ein wenig genauer an, gibt es zwar keinen Grund zur Entwarnung, aber zu verhaltenem Optimismus.

Inwiefern?

Kein Zweifel: Die Zahl der Todesopfer seit 1990 ist erschlagend und massiv. Gleichzeitig ist der Anteil der Todesopfer pro Jahrzehnt erheblich zurückgegangen. Das soll nicht verharmlosend klingen, im Gegenteil. Zugenommen hat vor allem aber die sogenannte Hasskriminalität, die gar nicht mehr nur aus der Neonazi-Szene kommt, sondern auch aus der „normalen“ Bevölkerung; Finanzbeamte oder Rentner sind da zu Tätern geworden. Hier entsteht ein radikalisiertes Milieu, das sich – über viele Jahrzehnte rassistisch und sexistisch geprägt – in einer Abwehrsituation gegen soziale Veränderungen sieht und vor allem deshalb besonders laut und aggressiv agiert.

Man kann aber auch sagen, dass die Bestrebungen in der Bundesrepublik seit 2000 und spätestens seit 2010, durch flächendeckende Stärkung von Zivilgesellschaft dem Rechtsextremismus Einhalt zu gebieten, durchaus gewirkt haben. Es sollte daher unbedingt an dem Kurs der Demokratisierung, der Zivilisierung in den Bereichen von Sozialer Arbeit, in den Bereichen von Zivilgesellschaftsstärkung und Demokratieförderung weiter festgehalten werden.

Es wird jedoch immer dann schwierig, wenn Programme gegen Rechtsextremismus auf einmal mit Programmen gegen Linksextremismus gleichgesetzt und entsprechend gleich finanziert werden sollen. Fängt an dieser Stelle nicht schon eine Art von Diskurs-

verschiebung an, bevor es ernsthaft zur Bekämpfung, Beseitigung von rechten Extremismusformen kommt?

Absolut. Die Versuche, Extremismen gleichzusetzen und mit einer extremismustheoretischen Vorstellung an das Problem heranzugehen, greifen zu kurz. Einerseits spricht man die gesellschaftliche Mitte frei von problematischen Entwicklungen. Wir können dies im Falle der AfD beobachten. Verantwortliche und Unterstützer sind nicht nur irgendein radikaler Rand, sondern sie rekrutieren sich aus der Gesellschaft; das sind zum Teil Unternehmer, Professoren, die diese mittlerweile rechtsextreme Partei unterstützen. Zum Zweiten ist die Vorstellung einer Gleichsetzung linker und rechter Extremismen analytisch, historisch, demokratietheoretisch, kulturell und auch in Bezug auf die Trägergruppen völliger Unsinn. Zumal „der Extremismus“ als Kampfbegriff genutzt wird: Während es beim Rechtsextremismus ziemlich klar ist, worüber wir reden, ist der Begriff des Linksextremismus jenseits der Behördenlogik oder in Bezug auf die Gewaltfrage kaum zu definieren. Es führt zu einer Fehlwahrnehmung der Bedrohungslage, wenn gesagt wird, dass linker Extremismus genauso schlimm ist wie islamistischer oder rechter Extremismus. Da findet eine Formalisierung des Problems statt. Es wird gar nicht mehr auf die Inhalte geschaut; zentrale Fragen werden gar nicht mehr gestellt: Was ist menschenfeindlich? Wo ist eigentlich der Widerspruch zu den Menschenrechten und den Grundwerten der Verfassung? Wo geht es um andere Probleme, beispielsweise Gewalt, über die man natürlich auch reden muss?

Letztlich sind die Versuche der Gleichsetzung der Extremismen in der Praxis aber auch gescheitert. Es gab etwa in Weimar Versuche, Präventionsprojekte gegen Linksextremismus durchzuführen. Die Evaluation des Projektes hat gezeigt, dass Begriff und Konzept für die Soziale Arbeit ein Hindernis sind. Kurzum: Die Gleichsetzung ist eigentlich eine realitätsferne politische Konstruktion, die in der Trägerlandschaft, in der praktischen Übersetzung gar keinen realen Gegenstand findet.

Es muss ja dennoch politische Motive geben, so zu handeln. Welche könnten das sein?

Die Vorstellung von Extremismus, die ja tatsächlich in den Behörden, in den Verfassungsschutzbehörden, in der Polizei tief verankert ist, speist sich aus den Zeiten des Kalten Krieges. Seinerzeit wollte man die kommunistische Gefahr mit solchen Begriffen, solchen Ansätzen kleinhalten. Dieses Denken setzt sich bis heute fort. Und es ist auch ein politischer Deutungskampf darüber, was in der Gesellschaft passiert. Sprich: Wenn man Rechtsextremismus sagt, muss man gleich Linksextremismus sagen. Diese Dichotomisierung ist insbesondere im konservativen bürgerlichen Spektrum extrem weit verbreitet, ohne dass das immer besonders empirisch unterfüttert ist. Andere Erscheinungsformen von Extremismus, die die Forschung identifiziert hat, wie etwa der marktförmige Extremismus, werden dagegen ignoriert. Dahinter steht ein staatszentriertes Denken und Agieren – das die individuellen Menschenrechte weniger berücksichtigt als Staatsgefährdungen.

Wie zeigt sich das?

Man sieht vor allem Bedrohungen, die die Staatlichkeit an sich oder staatliches Handeln infrage stellen. Und diese kommen eher aus dem linken bis anarchistischen Spektrum. Die Rechten – egal wie massiv sie die Menschenwürde bekämpfen – haben ja mit dem Staat an

sich kein Problem, auch wenn sie ihn zunehmend als Akteur darstellen und bekämpfen, der ihren rassistischen und nationalistischen Ansprüchen im Wege steht. Teilweise erkennt man aber – und das hat sich am NSU-Komplex besonders verheerend gezeigt – in Angriffen auf Minderheiten, auf Teile der Gesellschaft, auf Grundwerte der Gesellschaft, gar keine Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Verkürzt gesagt geht es um die Vorstellungen: Es gibt etwas, das links ist – das ist böse. Es gibt etwas, was zu weit rechts ist – das ist böse. In der Mitte ist alles gut. Allerdings gibt es auch positive Entwicklungen, wie das Urteil gegen die rechtsterroristische Gruppe Freital. Da wurde festgestellt: Ein Angriff auf Geflüchtete ist ein Angriff auf die Bundesrepublik.

Ist diese Extremismusgleichsetzung nicht aber auch zugleich ein Signal an den rechten Rand?

Ja. Das ist eine Klaviatur, die die AfD derzeit stark bespielt, mit Erfolg zum Beispiel in Sachsen-Anhalt. Sie versucht, mit einer Enquetekommission Linksextremismus des Landtags in Sachsen-Anhalt – der auch die CDU zugestimmt hat – gemeinsame Feindbilder zu wecken und damit Brücken zwischen Reaktionären und Konservativen zu bauen. Im Grunde ist das eine Strategie wie in den 1920er-Jahren: Entweder ihr seid „Volksverräter“ und „Linksextreme“ oder ihr seid Teil der Patrioten und Teil der patriotischen Front. Das ist auch in Teilen des Konservatismus nicht unbedingt eine befremdliche Logik, sondern eine Logik, die dort eine gewisse Tradition hat.

Es gab viele Unklarheiten um die Analyse und Aufklärung der Morde des NSU. Es gab auch schon 1980 dubiose Aufklärungsversuche um das Attentat beim Oktoberfest in München. Gibt es, zugespitzt gefragt, ein Versagen der zuständigen Behörden oder gar politisches Interesse, dass Aufklärung nur in einem bestimmten Bereich stattfindet? Oder ist dies allein mit dem von Ihnen skizzierten Blickwinkel der Staatszentriertheit weitestgehend erklärbar, dass so ermittelt wurde?

Ich denke, wir sollten die Ebenen unterscheiden. Auf der einen Seite sind die Polizeibehörden, die in ihren Ermittlungen durch diese Staatszentrierung geprägt sind: Es heißt „Staatschutz“ und nicht „Menschenrechtsschutz“ oder „Minderheitenschutz“ oder „Abteilung gegen Hasskriminalität“, wie es das in anderen Staaten gibt. Bei den Verfassungsschutzbehörden geht es insbesondere um den Quellenschutz. Es ging darum, zu vertuschen.

Was meinen Sie genau?

Jahrelang ging es beim NSU darum, zu vertuschen, wie eng eigentlich die rechtsradikale Szene in ihrer Entwicklung mit den Verfassungsschutzbehörden über V-Männer verbunden ist. Das fängt an bei Tino Brandt, hier in Thüringen. Ohne ihn hätte die rechtsradikale Szene überhaupt nicht so gut strukturiert und aufgebaut werden können. Die Strukturierung dieser rechtsradikalen Skinhead-Szene hat mit dem V-Mann Tino Brandt eingesetzt. Aus dieser Gruppe ist dann der NSU entstanden mit zahlreichen Kontakten zu anderen V-Personen. Der Verfassungsschutz war so nahe dran, dass sie schon 2001 wussten, wo sich die Abgetauchten aufhalten; die wussten, dass diese sich Waffen besorgen wollen. Die Morde hätten eigentlich verhindert werden können, wenn man zugegriffen hätte – das wurde aber aus welchen Gründen auch immer nicht gemacht. Dies setzt sich fort bis zum Mord in Kassel an

Halit Yozgat. Dort war der hessische Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme vor Ort. Er war der Hauptverdächtige bei den Ermittlungen für das hessische LKA, bis unter dem damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier die Ermittlungen für beendet erklärt wurden. Die Verstrickung ist bis heute nicht aufgeklärt. Insofern gibt es tatsächlich eine operative Nähe zu den Taten, die dazu führt, dass zumindest Teile der Behörden an der Aufklärung des NSU-Komplexes ganz offensichtlich kein Interesse haben. Man muss aber auch sagen, dass sich das Aufklärungsverhalten gegenüber rechtsterroristischen Tendenzen vor allem der Bundesanwaltschaft nach dem NSU tatsächlich verbessert hat; nicht in der Aufklärung des NSU, aber bei anderen rechtsterroristischen Entwicklungen.

Noch mal mit Blick auf den NSU: Sie schreiben in Ihrem Buch¹, dass es aufgrund besonderer Umstände einen identischen Fall nicht noch einmal geben könnte. Aber, und ich zitiere: „Die Gefahr ähnlich ablaufender Prozesse hinsichtlich der Mechanismen der Radikalisierung und der Rechtfertigung von Gewalt ist jedoch akut.“ Warum ist die Gefahr so akut? Die Gefahr ist akut, weil die Legitimation von rechter Gewalt und auch die Virulenz von rechter Gewalt seit 2011 massiv gestiegen sind. Zum einen mit dem Erstarken der AfD und zum anderen mit der Entwicklung mehrerer neuer rechtsradikaler Subkulturen.

Das heißt?

Der NSU ist entstanden aus der neonazistischen Skinheads-Szene. Die neonazistische Skinheads-Szene und auch das NSU-Unterstützungsnetzwerk sind nach wie vor da. Bei einem Konzert sind in Thüringen 2017 6.000 Neonazis zusammenkommen – Hunderte haben den Arm zum Hitlergruß gehoben. In diesem Milieu wird der NSU verherrlicht; da sind Leute aus dem NSU-Netzwerk selber aktiv. Dieses Milieu existiert weiterhin und ist in seiner Sprache, in seiner Alltagskultur sehr gewaltaffin. Neu hinzugekommen ist zum einen das identitäre Milieu. Hier werden Vorstellungen formuliert und transportiert, wonach der Untergang des Abendlandes bevorstehe, wenn man dies nicht mit extremen Mitteln in den nächsten Jahren stoppen werde. Sie sind, so argumentieren die Identitären und andere sogenannte „Neurechte“, die letzte Generation, die etwas gegen die vermeintliche Apokalypse tun kann. Aus diesem Spektrum, vermittelt über das Internet, entstehen etwa Taten wie das Massaker in Christchurch im März 2019 mit 51 Todesopfern. In diesem Fall ein allein handelnder Täter, der aber aus der Ideologie dieser Netzwerke heraus handelt hat. Das sind Entwicklungen, die die Situation massiv verschärfen.

Auch aus dem Umfeld von Pegida gab es massive Gewalttaten, zum Beispiel Sprengstoffanschläge, obwohl das ja anfangs als eine bürgerliche Bewegung diskutiert und wahrgenommen wurde. Wir haben im vergangenen Jahr in Chemnitz gesehen, dass sich aus diesen extrem beschleunigten Protesten, der extrem beschleunigten Mobilisierung des rechtsradikalen Milieus, innerhalb von wenigen Wochen mit der „Revolution Chemnitz“ eine Gruppe gegründet hat, die jetzt wegen des Verdachtes der Vorbereitung rechtsterroristischer Taten in Untersuchungshaft sitzt. Kurzum: Die Dynamiken haben sich verschärft, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erstarken der AfD und der Bewegung, die die AfD umgibt.

1 Quent, M. 2019: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Mit einem Vorwort von Tanjev Schultz. Weinheim.

Seit über zwanzig Jahren gibt es die Ergebnisse der Studien von Wilhelm Heitmeyer und seinen Kolleginnen und Kollegen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Aus den Erkenntnissen folgte aber, so der Eindruck nicht täuscht, keine kontinuierliche Politik gegen Faschismus oder Rechtsextremismus. Wenn ich das im Zusammenhang sehe mit dem Satz von Kurt Biedenkopf aus den 1990ern, wonach es keinen Rechtsextremismus in Sachsen gibt: Wie kann es zu einem solchen Verschweigen oder bewussten Ignorieren von den Tatsachen kommen, die auf dem Tisch liegen? Und: Bereitet das nicht wiederum den Boden für das, was Sie eben beschrieben haben?

Als Wilhelm Heitmeyer das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eingeführt hat und regelmäßig die Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlicht hat, war das durchaus wirkungsvoll. Zwischenzeitlich ist zumindest bei einem Teil der Politik, insbesondere den sozialdemokratisch geführten Ministerien das Bewusstsein für diese Probleme gewachsen. Mit der Entstehung der AfD und auch den Aufmärschen in Dresden, in Chemnitz und in Kandel zeigt sich offensichtlich, was Wissenschaftler und auch Aktivisten schon lange gesagt haben: dass es ein rechtsradikales Milieu in Deutschland gibt, dieses aber lange kein eigenes politisches Angebot gehabt hat. Über Rechtsradikalismus reden heißt halt auch zu sagen, dass es nicht das Problem von irgendjemandem ist, der in der Zone irgendwo weit weg lebt, sondern dass es ein Problem aller Industriegesellschaften ist. In Deutschland gab es nach 1945 keine Stunde null, sondern ein Fortleben von rechtsradikalem, autoritärem, antisemitischem und rassistischem Denken. Sich das einzugestehen und konsequent dagegen vorzugehen, ist vor sich selbst, aber auch vor der Weltöffentlichkeit, nicht opportun gewesen. Das war ein großer Fehler; das sehen wir jetzt. Man hat das Problem verleugnet und tut es noch immer. Man hat das Problem auf den Osten oder auf die Jugend oder auf Extremisten, die vom Himmel zu fallen scheinen, verschoben. Entsprechend wurde auch die Politik nicht danach ausgerichtet, rechtsradikale Bedrohungen zu verhindern, die die liberale Demokratie grundsätzlich infrage stellen. Die fehlende Abgrenzung und Thematisierung begünstigt heutige Machtgewinne von rechts außen.

Zum Beispiel?

Nun, wenn ich hier in Thüringen oder in Sachsen mit Leuten spreche, höre ich öfter Folgendes: Wir wählen AfD, wir gehen demonstrieren, aber wir sind nicht rechts; wir wollen nicht in eine rechte Ecke geschoben werden. Das ist für die Leute normal. Die sehen sich wirklich nicht als Rechtsextremisten, sondern das Rechte ist ihre Alltagsnormalität. Sie haben nie verinnerlicht, dass das nicht okay ist, Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe abzuwerten. Es ist tatsächlich auch eine verspätete kulturelle Entwicklung, die jetzt auch zu diesen Spaltungen zwischen Ost und West führt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in dem von Ihnen angeführten Biedenkopf-Ausspruch. Es ist ein besonders schillerndes Beispiel dafür, dass man jahrzehntelang seine Augen verschlossen hatte.

In den letzten knapp zwanzig Jahren gab es sogenannte wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Reformen. Ihnen lag ein neoliberales Denken zugrunde. Diese Politik hat zu einer großen Verunsicherung der Menschen im Lebensalltag geführt. Nicht zuletzt deshalb, weil dies im großen Widerspruch steht zu den empirisch belegten Erkenntnis-

sen, wonach im Durchschnitt drei Viertel der Menschen einen starken Sozialstaat haben möchten. Bilden diese Unsicherheiten den Nährboden dafür, dass die Leute affiner sind für einfache Antworten aus dem rechten Milieu, oder ist der Schluss zu kurz?

Der Schluss ist aus meiner Sicht etwas zu kurz gegriffen. Auf der einen Seite ist es natürlich naheliegend – und wir wissen es aus vielen Studien –, dass Orientierungsunsicherheit, dass soziale Verunsicherung ein Nährboden sein kann für Rechtsradikale, die sich als Kümmerer aufspielen. Wir können im Moment auch beobachten, dass Neonazis einerseits offensiv im sozialen Bereich tätig sind und Hilfe für Deutsche organisieren und andererseits auch in sicherheitspolitische Nischen eindringen, um sich beispielsweise als Bürgerwehren zu inszenieren. Beides immer mit der Botschaft: Der Staat hat euch verraten und kann euch nicht mehr schützen, das müssen wir selber machen. Insofern haben die Rechtsradikalen einerseits das neoliberale Paradigma verinnerlicht und stellen in ihren „alternativen“ Strukturen die Demokratie an sich infrage.

Wenn man sich gleichzeitig genauer anschaut, wie die AfD agiert und wo sie aktiv ist, dann ist das Bild ambivalenter. Zwar ist der Anteil von Arbeitslosen oder von Arbeitern in der AfD-Wählerschaft größer als in den anderen Parteien. Aber das allein erklärt den Erfolg im Moment nicht. Die AfD ist als Phänomen nur deswegen so groß geworden, weil sie alle Milieus anspricht und weil sie insbesondere die soziale Frage nicht kohärent beantwortet, sondern vor allem einen Kulturkampf betreibt und auch die soziale Frage kulturalisiert und damit verschleiert. Seit Thilo Sarrazin stehen eben nicht mehr die „die Banken“ am Pranger, sondern „der Islam“. Das war eine Wendung, die es erst ermöglicht hat, dass die radikale Rechte so stark werden konnte. Das Erfolgsrezept ist ein rassistisches Versprechen, zu sagen: „Die Ausländer sind schuld“ und zugleich zu sagen: „Die Ausländer und die Globalisten bedrohen eure deutschen Privilegien“. Das sind Mechanismen, die relativ arme Menschen oder ökonomisch abgehängte Menschen ebenso ansprechen wie jene Menschen, die besonders wohlhabend sind, nicht zuletzt in Westdeutschland.

Braucht es also eine Form von Angst gegenüber dem Fremden, die zu den ökonomischen und sozialen Ängsten hinzukommt?

Es ist nicht nur die Angst gegenüber dem Fremden. Es ist auch die Angst vor Veränderungen an sich. Das zeigen empirischen Studien, wonach das rechte Milieu vor allem getrieben ist von einer großen Angst vor der Zukunft – man könnte auch sagen: von einem Kulturpessimismus. Die AfD und die radikale Rechte sind im Kern reaktionär. Das bedeutet: Sie wenden sich gegen alle fortschrittlichen Entwicklungen, die in irgendeiner Weise als Bedrohung dargestellt werden können. Nehmen wir den Klimawandel. Die Rechten sagen: Jetzt nehmen die Eliten euch auch noch euren Diesel weg, diese verrückten ideologischen Grünen! Da werden also die Ursachen, Fakten und Zusammenhänge beiseite gewischt und auf „Ideologie“ reduziert, und es wird eine Politik der Angst propagiert. Das gilt für alle Veränderungen, seien sie kulturell, die Frage von demografischer Entwicklung, von Globalisierung ohne nationale Grenzen oder von Digitalisierung.

Sinngemäß sagten Sie nach der Europawahl im Mai dieses Jahres, dass die Wähler der AfD keine enttäuschten Konservativen seien und auch keine irgendwie gearteten Pro-

testwähler, sondern Menschen, die rechtsradikal wählen wollten. Inwieweit hätte diese Normalisierung des Rechtsradikalismus verhindert werden können? Und: Wie können weitere Normalisierungen verhindert werden?

Weitere Normalisierungen können, erstens, nur dann verhindert werden, wenn Rechtsradikalismus, Rassismus beim Namen genannt werden und nicht so getan wird, als seien sie ein fehlgeleiteter Sozialprotest, Enttäuschung oder ein Protest gegen die Asylpolitik. Wir sind im Jahr vier nach der sogenannten Flüchtlingskrise. Wir sind ein Jahr nach Chemnitz. Wir sind im Jahr, nachdem sogar der Verfassungsschutz gesagt hat: Wir müssen uns die AfD genauer anschauen. Wir sehen an verschiedenen Studien, dass das AfD-Milieu keineswegs das ist, was es zu sagen vorgibt, nämlich: Wir sind das Volk! Sondern es sind viel häufiger als bei anderen Parteien diejenigen, die schon seit vielen Jahren deutlich antisemitisch, rassistisch usw. eingestellt sind.

Eine weitere Normalisierung kann auch dann verhindert werden, wenn die AfD und damit das rechte Milieu keine politische Macht besitzt. Ganz konkret für Ostdeutschland: Die AfD darf in keine Landesregierung kommen oder als Mehrheitsbeschafferin mit über Landespolitik entscheiden. Hier sind insbesondere die Konservativen gefordert, sich klar abzugrenzen; zumal wir sehen, dass das nun entfesselte rechte Milieu nicht mehr einzufangen ist. Am Anfang rekrutierte sich die AfD durchaus aus enttäuschten Konservativen. Die gibt es sicher immer noch. Aber in der öffentlichen Debatte hilft das überhaupt nicht weiter, weil wir sehen, dass sich Menschen mit allen möglichen Aggressionen, mit allen möglichen Vorurteilen rechtfertigen können. Sie argumentieren dann gerne wie folgt: Die Transformationserfahrungen nach 1989 waren so schlimm; wir im Osten sind abgehängt usw. Das ist mittlerweile zu einem Rechtfertigungsmotiv geworden und spielt Leuten wie Björn Höcke in die Karten, die nichts anderes wollen, als die liberale Demokratie abzuschaffen. Um das zu verhindern, muss der rechtsradikale Kern der Partei, nicht die diffusen tatsächlichen oder vermeintlichen Sorgen der Wählerschaft, thematisiert werden. Man muss die Rechten aus meiner Sicht rechts liegen lassen und dafür sorgen, dass kommende Generationen eine problembewusstere Sozialisation und Bildung genießen. Zugleich sollten die anderen 70 bis 75 Prozent sensibilisiert und aufgeklärt und die Resilienz gegenüber solchen völkisch-autoritären Versprechungen gestärkt werden.

Es wird in diesem Kontext immer wieder suggeriert, dass man mit Rechten reden müsse. Muss man das?

Man muss nicht mit Rechten reden, schon gar nicht mit ihren Kadern und schon gar nicht über ihre Themen. Wir müssen ernst nehmen, dass diese Leute das Land zerstören wollen; sie wollen zurück zu einer Gesellschaftsstruktur, wie sie angeblich früher mal gewesen ist und angeblich besser war – von der wir wissen, dass das mitnichten so war. Es wurde in den Medien ja viel mit Rechten geredet, das hat, bis auf Normalisierungseffekte, nichts gebracht, um die Rechten zu schwächen.

Etwas anderes ist es auf der Alltagsebene. Wenn das mein Arbeitskollege ist, dann muss ich versuchen, über persönliche Zugänge vielleicht noch etwas zu erreichen. Aber in Talkshows oder auf öffentlichen Bühnen führt das Reden mit Rechtsradikalen dazu, demokratiefeindliche Positionen letztlich diskutabel zu machen und Leuten wie Höcke und Gauland Rosen auf den Weg zu streuen.

Warum aber wollen einige mit Rechten reden?

Es ist die Hoffnung, damit etwas erreichen zu können und die diskursive Kraft von Aufklärung und Demokratie zu beweisen. Aber das klappt nicht, wenn das Gegenüber dies aktiv ablehnt. Gerade aus einem westdeutschen Wohlfühl-liberalismus kann man so was leicht fordern und als aufregende Herausforderungen sehen, wenn man nicht ständig direkten Bedrohungen und Angriffen von rechts außen ausgesetzt ist. Im bürgerlichen Milieu steht dahinter manchmal auch die Vorstellung, dass „die Rechten“ irgendwie vom eigenen Fleische sind. Es wird aber übersehen, dass der Rechtsradikalismus der AfD, eine neue Art von Protofaschismus, eine eigenständige politische Ideologie ist; dass das nicht mehr vor allem irgendwie verunsicherte Menschen sind, die nicht wissen, woran sie sich halten sollen, sondern ein Milieu ist, das sich mit der AfD radikalisiert hat und ein eigenes politisches reaktionäres Selbstverständnis hat. Ich glaube, das muss man verstehen und dann klar sagen: Zwei Drittel des AfD-Milieus wird man nicht bekehren können. Aber wir müssen lernen, wie wir damit umgehen können, ohne Demokratie und Menschenrechte zu opfern.

Wohlmeinende Beobachterinnen und Beobachter sagen, es sei wichtig, wenn sich politisch Verantwortliche und die demokratische Zivilgesellschaft erkennbar und deutlich gegen Neonazis stellen; es sei ein positives Zeichen für jene, die auch nichts mit Neonazis zu tun haben wollen, so die Annahme. Wie sind da Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen? Ist dem so?

Die demokratische Zivilgesellschaft floriert, und zwar auch in Ostdeutschland. Es wird oft unsichtbar gemacht, wie viele Menschen und wie viele Initiativen es gibt, die sich gegen Rassismus und Rechtsradikalismus wenden. Sie kommen nur gegen die Lautstärke und auch gegen den Neuheitscharakter der Bedrohung von rechts nicht wirklich an. Es gibt dafür auch durchaus die Unterstützung aus der Politik, allerdings werden die Angriffe auf politische Bildung, Soziale Arbeit und Zivilgesellschaft härter. Ich würde mir wünschen, dass nicht zuletzt die CDU in Ostdeutschland auch öffentlich eine deutlichere Sprache spricht. In Ostdeutschland etwa haben wir das Problem, dass eine liberale Zivilgesellschaft im Vergleich zu Westdeutschland schwächer ist. Es ist ja kein Zufall, dass in Chemnitz bei den Gegendemonstrationen vor allem die Linken und vor allem die Antifa-Gruppen aus Leipzig und Dresden präsent sind – eben weil die bürgerliche Zivilgesellschaft sich weitgehend raushält. Da müssen die führenden demokratischen Politiker noch deutlicher werden und sich mit denen solidarisieren, die sich im Alltag dem Rechtsruck entgegenstellen. Es besteht in Ostdeutschland noch eine große Notwendigkeit, dies stärker zu machen: Die Demokraten müssen wehrhafter werden. Nicht nur symbolisch, sondern dann auch in der tatsächlichen Politik der Abgrenzung gegenüber Rechtsradikalen und Neonazis.

Interview: Peter Kuleša

Dr. Matthias Quent

leitet seit 2016 das „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit“. Es ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung.

Soeben ist von ihm zum Thema das Buch „Deutschland rechts außen“ im PIPER-Verlag erschienen.

E-Mail: matthias.quent@idz-jena.de